

Correspondent

Ersteht
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 24. November 1904.

№ 135.

Für den Monat Dezember

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Corr.“ zum Preise von 22 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Gauvorsteher-Konferenz in Berlin.

Gauvorsteher-Konferenzen gehören nicht zu den Alltätigkeiten in unserem Verbandsverbande und es müssen schon ganz gewichtige Gründe vorhanden sein, wenn der Zentralvorstand sich zur Einberufung einer solchen Konferenz veranlaßt sieht. Deshalb werden auch die Kollegen im Lande draußen zweifellos erstaunt sein, so ohne alle Vorbereitung zu erfahren, daß die Gauvorsteher in Berlin versammelt waren. Bedauerlicherweise kann aber nicht gesagt werden, daß die Konferenz — an der auch die Gehilfenvertreter teilnahmen — nötig gewesen wäre, um neue fortschrittliche Wege für den Verband oder den Tarif zu suchen oder um das Geschaffene besser stützen und kräftigen zu können, sondern sie wurde notwendig gemacht durch eine Reihe — milde gesagt — tariflicher Ungehörigkeiten, eine mißverständliche Auffassung über den Umfang und die Grenzen unserer Tarifgesetze und der Aufgaben der Tarifinstitutionen. Ursprungsort dieser Unleidlichkeiten: Berlin.

Zu der Nummer 133 des „Corr.“ sprechen die beiden Berliner Korrespondenzen und namentlich die Erklärung des Kollegen Schliebs eine herbe Sprache darüber, daß ein Teil der Berliner Kollegen jedes Augenmaß für die Verpflichtungen tariftreuer Gehilfen verloren hat, wie auch seit langem schon sowohl vom Tarif-Amt wie vom Zentralvorstande lebhaft Klagen erhoben werden, weil man sich in Berliner Gehilfenkreisen über einstimmig gefaßte Beschlüsse und Entschlüsse der Tarifinstitutionen hinwegsetzt und letztere damit perhorresziert.

War es in Zeiten tariflicher Anarchie eine selbstverständliche Notwendigkeit, alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse lediglich durch die Selbsthilfe der Organisation zu beseitigen zu suchen, so ging doch gerade deshalb das Bestreben der Organisation dahin, diese Differenzen möglichst allgemein einem schiedsrichterlichen Verfahren zugänglich zu machen, um eben viele die Gehilfenschaft schädigende Kämpfe vermeiden zu können. In Berlin ist man aber in sehr vielen Fällen der Meinung, unbeschadet der eingegangenen Verpflichtungen auch heute noch in Fällen, welche der Beugung und Rechtsprechung der Tarifinstitutionen vertragsgemäß unterliegen, das „Streitrecht“ allein entscheiden zu lassen. Statt in bestimmten Fällen die Tarifschiedsgerichte anzurufen oder den Ausgang einer erhobenen Klage abzuwarten, schritt man vielfach unter Tarifbruch zur Selbsthilfe durch plötzliches Niederlegen der Arbeit; ein Verfahren, das weder vom tarifgesetzlichen noch vom Organisationsstandpunkte aus gebilligt werden konnte.

Diese Tatsachen führten schon in der diesjährigen Aprilsitzung des Tarif-Ausschusses zur Fassung einer gefilfenseitig eingebrachten und gerade vom Berliner Gauvorstande freudig aufgenommenen Resolution, wonach nicht nur tarifliche, sondern alle Differenzen aus dem Arbeitsverhältnisse der

Rechtsprechung und dem Einigungsverfahren der Schiedsgerichte unterliegen sollen. Damit glaubte man für die Folge den plötzlichen Arbeitsniederlegungen, welche aus anderen als tariflichen Gründen resultierten, im Interesse der Gehilfen selbst vorgebeugt und die Möglichkeit eines friedlich-schiedlichen Ausgleiches begünstigt zu haben.

Im Laufe der nächsten Monate stellte sich aber leider heraus, daß verschiedene Berliner Druckereipersonale nicht geneigt waren, die ihnen gebaute Brücke zu betreten, vielmehr mußte konstatiert werden, daß in ganz krasser Weise unser gewerbliches Gesetz und vor allem das erst von der Berliner Gauleitung dankbar begrüßte erweiterte Einigungsverfahren fortgesetzt ignoriert wurden. Bedenklich neigten sowohl Berliner Versammlungen wie die dortige Gauleitung zu der Auffassung, daß sie über die tariflichen Gesetze sich stellen dürften und sogar dazu ein Recht hätten, eine Art Kontroll- und Revisionsinstanz für ordnungsmäßig zustande gekommene Beschlüsse und Urteile der Tarifinstitutionen zu bilden. Dazu ist aber weder die Gehilfen- noch die Prinzipalsorganisation befugt, es muß daher um der Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft selbst und der Konsequenzen willen verurteilt werden, wenn beispielsweise der Berliner Gauvorstand für seine Mitglieder das Recht vindiziert, getroffene Entscheidungen der Tarifinstitutionen einer Nachprüfung zu unterziehen und von dieser abhängig zu machen, ob tariftreue Gehilfen der Judikatur der Tarifinstitutionen unterstehen, und ob deren bindende Beschlüsse zur Ausführung gebracht werden sollen oder nicht. Daß hierdurch die größte Verwirrung entstehen und die fernere tarifliche Arbeit in Berlin aufs Ernsteste gefährdet werden mußte, ist klar; klar ist aber auch, daß es Mienen unter die ganze Tarifgemeinschaft legen heißt, wenn der größte Gau des Verbandes — der den fünften Teil sämtlicher Verbandsmitglieder umfaßt — die Aufgaben und Arbeiten der Tarifgemeinschaft in so tiefgehender Weise verkennt.

Ohne auf die Einzelfälle selbst eingugehen, bleibt nur übrig zu konstatieren, daß selbst der Zentralvorstand dieser Entwicklung der Verhältnisse in Berlin nicht mehr zu steuern vermochte und im Interesse der Disziplin und der Erhaltung der Tarifgemeinschaft an die Gauvorsteher appellieren mußte. Es konnte dieser Ausweg auch um deswillen nur noch als letzter in Betracht kommen, da vorher stattgefundenen Konferenzen zwischen Zentral- und Gauvorstand, ja in einem Falle beteiligte sich sogar das Tarif-Amt an einer solchen Konferenz, ohne jede Wirkung auf den Berliner Gauvorstand blieben und an den geschilderten Verhältnissen nichts gebessert wurde.

Am 18. November tagte nun in Berlin die genannte Gauvorsteherkonferenz und beschäftigte sich in zehnstündiger Diskussion mit den Berliner Vorgängen, wie wir sie vorstehend skizziert haben. Es würde aber den Interessen des Verbandes und der so notwendigen Einigkeit unter allen Mitgliedern desselben nicht entsprechen, wenn wir in breiter Ausführlichkeit auf die gepflogenen, oft unerquicklichen Debatten an dieser Stelle eingehen würden, so lange unbedingt zwingende Gründe es nicht er-

heischen. Ausgesprochen muß aber werden, was der Zentralvorsteher Döblin an der Hand eines leider nur allzureichend Materials eingehend begründete, daß die in Berlin geschaffenen Verhältnisse in jeder Beziehung unerträglich geworden waren, wodurch nach und nach nicht nur das Zusammenwirken zwischen dem Zentralvorstande und der Berliner Gauleitung zu einer faktischen Unmöglichkeit geworden war, sondern auch das örtliche Versammlungsleben zeitigte derartige Giftblüten, daß eine sachliche Würdigung in der schwebenden Differenzen einfach ausgeschlossen war. Wenn man dies als der Wahrheit entsprechend feststellen muß, können die Kollegen im Reich ermessen, welche Gefahren dadurch für die Gesamtheit erwachsen müssen. Unter Verbringung eines schier unerschöpflichen Materials ging auch Kollege Schliebs auf die unhaltbare Lage ein, wie sie durch das Verschulden der Gauleitung und weiter Mitgliederkreise in Berlin geschaffen ist, so daß diese Darlegungen ein höchst betriebsendes Bild darüber boten, wie man in Berlin glaubt am besten den Interessen des Verbandes und des Tarifes zu dienen.

Leider ist aus der auf der Konferenz von der Berliner Gauleitung für ihr Verhalten vorgebrachten Verteidigung zu erkennen gewesen, daß unsere dortigen führenden Kollegen bezüglich des Wertes der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft und der daraus sich für den Verband ergebenden Gewerkschaftspolitik eine wesentlich mit den übrigen Gauen divergierende Anschauung haben. Auffassungen wie: „der Verband ist durch die Tarifgemeinschaft ausgegattet worden“, „der Verband hat keinen gewerkschaftlichen Charakter mehr“, „durch den Tarifvertrag ist der Verband eine politische Null geworden“, können nicht gut in Sympathien für die Tarifgemeinschaft umgesezt werden und entbehren völlig jener unentbehrlichen Arbeitsfreudigkeit in tariflichen Dingen, ohne welche uns dauernde und entwicklungs-fähige Erzeugnisse in materieller und sozialer Beziehung auf dem Tarifgebiete und im Gewerbe verpagt bleiben. Unsere Tarifgemeinschaft in ihrer heutigen Gestalt ist erarbeitet, aber nicht erstreikt worden und das trifft auch für ihre künftige Gestaltung zu. Werden natürlich Anschauungen wie die oben zitierten von der Leitung des größten Gaus vertreten und natürlich in oft sehr oberflächlich urteilende Versammlungen getragen, so ist es erklärlich, daß dadurch namentlich die neueren, vielfach kaum genügend gefestigten tariflichen Erfolge und Einrichtungen indirekt bedroht sind, und daß diese mißverständliche Fürsorge für die angeblich gefährdete Selbständigkeit des Verbandes die Ursache ist für die verchiedenen Tarifbrüche in Berlin. Ohne die irriige Meinung eines Teiles der Berliner Kollegen, der Verband sei durch die Tarifgemeinschaft gegenstandslos geworden, wäre es nicht möglich, daß nach erfolgter Arbeitsniederlegung erst das Schiedsgericht angerufen oder Entschlüsse der Tarifinstitutionen mißachtet und einer Berliner Versammlung erst zur „Stellungnahme“ unterbreitet werden sollen.

Allgemein brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß der wiederholt von Berliner Kollegenkreisen eingenommene Standpunkt und die von ihnen ge-

übten Tarifverträge nicht gebilligt werden können und daß die Konferenz darin eine Gefahr für die Tariffache im großen und ganzen erblicke. Man müsse sich auch davor hüten, der Prinzipalität einen Anreiz zu geben, ebenfalls die tariflichen Institutionen willkürlich auszuschalten, wodurch nur ein allgemeiner Verfall des Tarifes herbeigeführt werden würde. Die Provinz, wurde von allen Seiten ausgeführt, habe erst mit Hilfe der Tarifgemeinschaft wirkungsvoller ausgerichtet werden können und sei wiederum dadurch eine wesentliche materielle Verbesserung den in der Provinz konditionierenden Gehilfen zuteil geworden. Nicht so leichtem Herzens wie in Berlin, wurde erklärt, dürften alle übrigen Gauvorsteher und die Gehilfenvertreter über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegblicken, mit denen unsere Kollegen tagtäglich zu rechnen hätten. Mit der Tarifgemeinschaft sei der Verband ein gutes Stück vorwärts gekommen und wenn man angestrengt bei der tariflichen Arbeit verharre, wenn man den sozialen Tendenzen gerecht werde, die in der Tarifgemeinschaft ruhen und vor allem die eingegangenen Verpflichtungen streng innehalte, werde der Kollegenschaft besser gedient sein als mit der in Berlin vielfach eingeschlagenen, zur Verhandlung stehenden Taktik. Einwürfe, daß der Verband durch die Tarifgemeinschaft ausgeschaltet worden sei, würden schon dadurch hinfällig, daß aus Gehilfenkreisen nur Verbandsmitglieder in den Tarifinstitutionen sitzen und für den Tarif arbeiten, was denn doch im Interesse der Organisation liege. Infolge der Tarifgemeinschaft sei nur eine Verschiebung in der Arbeit eingetreten, diese selbst aber könne jetzt mit weit größerer Intensität für unsere Interessen geleistet werden als dies vor dem Bestehen der Tarifgemeinschaft möglich gewesen ist. Aus all diesen prinzipiellen und praktischen Erwägungen heraus war die Konferenz gezwungen, die in Berlin vorgekommenen Tarifverträge zu mißbilligen, wenn gleich nicht alle mitberührenden Umstände dabei ausgeschaltet wurden, wie die nachstehende, gegen zwei Stimmen angenommene Resolution erkennen läßt:

Die Gauvorsteher und Gehilfenvertreter halten in Rücksicht auf die in Berlin geschaffenen Verhältnisse die durch den Verbandsvorstand berufene Konferenz für dringend geboten, um die notwendige Klärung herbeizuführen. Sie erkennen an, daß die Tarifinstitutionen ihre Entscheidungen auf Grund der bestehenden Beschlüsse gefaßt haben und erwarten, daß der Berliner Gauvorstand bei den Mitgliedern des Gaus mit aller Energie dahin wirken wird, daß bei allen Differenzen die gemeinsam beschlossenen Gesetze respektiert werden.

Die beiden gegen die Resolution abgegebenen Stimmen hatten keine einheitliche Ursache. Der Berliner Gauvorsteher lehnte sie pure ab und dem Hannöverschen Gauvorsteher ging es wie dem Limonade in Rabale und Liebe: „Luise, deine Limonade ist so matt!“ Die Resolution, erklärte Kollege Klapproth, behandle das Verhalten der Berliner Kollegen zu glimpflich, weshalb er dagegen gestimmt habe.

Mit diesen Mitteilungen wollen wir uns vorläufig beschränken; sie dürften genügen, um einmal die Einberufung der Gauvorsteherkonferenz auch dem Fernstehenden als notwendig erscheinen zu lassen und zweitens, um gegenüber den Anschauungen eines Teiles der Berliner Kollegen mit größter Deutlichkeit den Standpunkt aller übrigen maßgebenden Verbandsfunktionäre erkennen zu lassen, nämlich, daß an unseren mit der Prinzipalität abgeschlossenen Verträgen nicht gerüttelt werden darf, so lange sie auch von der andern Seite gewissenhaft eingehalten werden. Es wird bei kühler Erwägung auch den Berliner Kollegen wünschenswert erscheinen, und zwar im wohlverstandenen eignen Interesse, den Tendenzen im vollen Umfange gerecht zu werden, welche bei der Gesamtkollegenschaft in bezug auf die Tariffache vorherrschen. Unsere Schwierigkeiten bei der Verbands- und Tarifarbeit sind ohnedies groß genug, als daß noch eine besondere künstliche Erschwerung sich als notwendig erweisen würde. Nach Erschöpfung aller vor-

gesehenen Instanzen und friedlichen Mittel bleibt uns ja leider immer noch genügend Gelegenheit, von unserm Streikrechte Gebrauch zu machen.

Es kann sich bei dieser Berichterstattung nicht darum handeln, die Berliner Kollegenschaft vor dem übrigen Deutschland herabzusetzen oder gar eine feindselige Stimmung gegen Berlin hervorzurufen, und es ist auch auf der Konferenz das einhellige Bemühen aller Teilnehmer zutage getreten, zwar mit der notwendigen Schärfe den irtümlichen Standpunkt der Berliner Kollegen zu kritisieren, andererseits aber wurde auf das Lebhafteste der aufrichtigste Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß mit der gepflogenen Aussprache das frühere gute Verhältnis zwischen der „Provinz“ und Berlin wieder hergestellt sein möge. Die Gauvorsteherkonferenz fühlte sich aber auch verpflichtet, um Mißdeutungen vorzubeugen, das Wesentliche der diese Konferenz bedingenden Ursachen der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Zu wünschen bliebe nun noch übrig, es möge die Berliner Kollegenschaft einschließlich ihrer sonst so rührigen Leitung bemüht und behilflich sein, verständnisvoll den Verhältnissen entgegenzukommen, welche die Kritik und das Urteil der Konferenz bedingten. Sie ist ja doch nur der Notwendigkeit entsprungen, das große Ganze in der notwendigen Einheitslichkeit zusammenzuhalten und vorwärts zu bringen — was ja im Grunde genommen auch die Berliner Kollegenschaft will. Es wird sich die alte Einigkeit um so leichter aufrecht erhalten lassen, wenn man sich, um mit den Worten Massinis auf der Konferenz zu reden, gegenseitig nichts nachträgt und persönliche Momente bei der Vertretung der Sache ausgeschlossen bleiben. Dann wird auch das Verbandschiff keine Havarie erleiden. Wenn wir uns zum Schluß noch einen Rat zu geben erlauben, so ist es der an die Berliner Gauleitung, sie möge nicht jeder Stimmung in den Versammlungen Rechnung tragen und sich mehr im Geiste gefaßter Beschlüsse und abgeschlossener Verträge bewegen. Das wird den führenden Personen in Berlin um so leichter sein, als ja der Gauvorstand in seinem Berichte für 1903 „die dringende Mahnung an die Mitglieder“ richtet, bei auftauchenden Differenzen „sich nicht von ... Impulsen fortreißen zu lassen, sondern in größter Ruhe alles zu erwägen und danach zu handeln. Benutzen wir ... in erster Reihe die zur Schlichtung aller Streitigkeiten geschaffenen Institutionen, ehe wir selbst zur Entscheidung greifen!“ Es handelt sich darum, daß der Berliner Gauvorstand diese Worte nicht nur zum Schwärzen weißen Papiers benutzt, sondern daß er mit Entschiedenheit und Konsequenz auch auf ihre Anwendung dringt. „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!“

Am nächsten Tage, den 19. November, beschäftigte sich die Konferenz mit einer großen Anzahl interner Verbandsfragen, welche sich aber zu einer Behandlung in der Öffentlichkeit nicht eignen. Diese Aussprache war zweifellos eine fruchtbare und der für die Abhaltung solcher Konferenzen in den Jahren, in welchen keine Generalversammlung stattfindet, ausgesprochene Wunsch hat nach unseren Eindrücken einen ganz berechtigten Kern. — Bemerkenswert sei noch, daß die Konferenz den Zentralvorstand ermächtigte, zu einem Richard Härtel-Denkmal 4000 Mk. aus der Verbandskasse zu bewilligen. Die restlichen 1000 Mk. hat der Leipziger Gau bereits zur Verfügung gestellt.

Was wollen die Korrektoren?

Wieder ein neuer Verein! Jetzt fangen die Korrektoren auch noch an; wollen die auch noch eine Extravurft haben? So oder ähnlich werden die Aeußerungen gelautet haben, mit denen der oder jener Kollege vom Maschinen oder der Maschine von den jüngst in die Wege geleiteten Organisationsbestrebungen der deutschen Korrektoren Kenntnis nahm. Und doch ist die Gründung von Korrekturenvereinen wahrlich auf nichts weniger als auf Vereinsneugier oder besonderes Ueberstandesbewußtsein, sondern vielmehr auf ein dringendes Bedürfnis zurückzuführen.

Was wollen die Korrektoren?

Es ist schon alt das Klagesied von der Korrektoren-misere. Auch stand, auf Jahre zurück, bereits so manche Philippika für und wider die Korrektoren im „Corr.“ Man las, stimmte zu oder machte seine faulen Witze — dann wurde es wieder auf geraume Zeit still. Von ernüchternden Verbesserungsbestrebungen merkte man so viel wie nichts.

Allerdings muß anerkannt werden, daß bereits bei der letzten Tarifberatung im Jahre 1901 einige einsichtsvolle größere Mitgliedschaften auch für die Korrektoren bessere Anträge dem Tarif-Ausschusse zur Beratung unterbreiteten. Sie fielen jedoch glatt unter den Tisch; es fehlte eben jeder Nachdruck.

Zwischendurch sind die Verhältnisse keineswegs besser geworden. Die Ueberproduktion an Gehilfen, die Einführung der Seksmaschine einerseits, die Ueberfüllung der atemberaubenden Berufe, des Kaufmannsstandes usw. auf der andern Seite, führten so manchen Intelligenz, so manchen neue Kraft und so manchen, der in höherer Karriere gestürzt, dem Korrektorenberufe zu. Dazu kommen immer mehr gesteigerte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Bildung des Korrektors. Immer vielseitiger, immer unerschütterlicher wünschte man sich den Mann auf dem Sessel, immer mehr dehnte man seine Verantwortung aus. Mit Schritt mit diesen Ansprüchen hielt dagegen die Entlohnung. Statt nach oben, drückte man hier die Schraube abwärts und bei dem starken Angebote, bei so vielen binneffekten und indifferenten Eindringlingen leider nicht ohne Erfolg. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Korrektoren verschlechterten sich zusehends.

Seit dem Wiederaufleben der Tarifgemeinschaft ist es bereits zweimal gelungen, für die Allgemeinheit eine Lohnaufbesserung zu erreichen. Dank der Regsamkeit der Maschinenmeister, der Maschinenfeger und der übrigen Sparten haben diese den Erfolg gehabt, eine Realisierung ihrer Spezialwünsche und -forderungen, in der Hauptsache wenigstens, durchzudrücken. Wie aber geht es dem Korrektor? Welcher Paragraf des Tarifes gewährt ihm Schutz? Wo ist für ihn eine Grenze der Leistung und Entlohnung gezogen? Nirgends! Der in Betracht kommende § 32 des Tarifes kennt ausdrücklich nur „Seher, Maschinenmeister oder Drucker“. Der Korrektor ist rechtlos; er steht außerhalb der Tarifgemeinschaft, der Willkür des Arbeitgeber preisgegeben, auf die eigene Kraft angewiesen. So kraß die Beispiele sind, sie sind doch nicht selten, daß eine Firma als tariffrei verzeichnet steht und trotzdem den Korrektor noch unter dem örtlichen Minimum entlohnt. Und das ist Rechtens!

Sind das noch haltbare Zustände?

So lange freilich die Korrektoren sich begnügen, lediglich ihr Elend resigniert zuzugesehen, ist keine Besserung zu erwarten. Mit dem Augenblicke, daß die allgemeinen Verhältnisse der Korrektoren unwürdige, sich geradezu standalöse sind, muß auch die Erkenntnis vordringen, daß baldigste Besserung dringend notwendig ist, muß der feste Wille vorhanden sein, alles daran zu setzen, eine Wandlung zum Besseren herbeizuführen. Das Maß der Duldsamkeit der Korrektoren muß doch endlich einmal überlaufen.

Und wirklich scheint es nun auch unter ihnen zu dümmern. Schon berechtigt das allmählich durchbrechende Morgenrot zu der belebenden Hoffnung, daß es auch unter den Korrektoren endlich heller Tag zu werden verspricht. Der Stein ist ins Rollen gebracht, und zwar auf der einzig richtigen, allein zum Ziele führenden Bahn. Die Bewegung der deutschen Korrektoren mußte auf gewerkschaftlichem Boden organisiert werden, wenn sie ernsthafte Bedeutung haben sollte.

Wer Interesse an der Sache und den „Corr.“ verfolgt hat, ist von der Sachlage unterrichtet. Nach dem Muster der bereits organisierten engeren Berufsgruppen innerhalb des Verbandes bildeten sich in Berlin, Leipzig und München Korrektorenvereine*, in anderen Druckorten sind solche in der Bildung begriffen. Zwar ignorierte man anfangs noch einen etwas zu hohen Stehfragen um, doch fand sich bald die passende Faßon. Die Vereine jedoch nimmere mit möglichst einfachem Apparate streng auf dem Boden des Verbandes und vereinen sich unter der Leitung einer Zentralkommission. Nur Verbandsmitglieder, und die es werden wollen, können Mitglieder sein. Das erschwert anscheinend für den Anfang die Bemühungen, möglichst alle Korrektoren unter einen Hut zu bringen, ist jedoch die einzige Möglichkeit, praktische Erfolge zu erzielen.

Die Korrektorenvereine haben ein weites Feld der Tätigkeit. In erster Linie gilt es, möglichst günstige tariflich festzulegende Arbeitsbedingungen zu erreichen. Eine weitere Hauptaufgabe und gleichzeitig eine Haupt-schwierigkeit wird, wie oben erwähnt, darin bestehen, die dem Verbands fernstehenden Korrektoren, speziell auch die besseren Elemente unter den Nichtdruckern, herüber zuziehen; letztere Möglichkeit ist ja dank einem Münchener Generalversammlungsbeschlusse gegeben. Die Errichtung von Ferien, die Befristung von Vorträgen, die Errichtung von Arbeitsnachweisen in größeren Druckorten dürften weitere erstrebenswerte Ziele und Aufgaben sein. Und nun heißt die Parole: Vorwärts!

Rafft euch auf, ihr deutschen Korrektoren, aus eurer lethargie! Schüttelt das Joch der Willkür, den Stempel

* Verein Berliner Korrektoren (Vorsitzender D. Albrecht, Neue Winterfeldtstraße 3, zugleich Vorsitzender der provisorischen Zentral-Kommission). Leipziger Korrektorenverein (Vorsitzender Adolf Krämer, Leipzig-Reudnitz, Gemeindestraße 2). Münchener Korrektorenverein (Vorsitzender C. Peuter, Lindwurmstraße 145).

des modernen Sklaventumes ab! Wollt ihr nicht weiter rechtlos bleiben, so schließt euch zusammen in allen Gauen und Bezirken des Reiches. Seid eingedenk eures Landes sowie des Sammers eurer Kollegen! Besinnt euch auf eure Manneswürde, denkt an eure Existenzberechtigung, an eure Familie!

Die Sympathien aller rechtlich und objektiv denkenden Buchdrucker, das moralische Recht und die hoffnungsvollen Ausichten sind auf eurer Seite; mögen sie helfen, alle Schwierigkeiten mit frohem Mute zu überwinden.

Und ihr Glücklichen, denen es aus eigener Kraft gelungen ist, eure Arbeitskraft preiswürdiger zu verkaufen, fühlt ihr nicht, eingedenk der bittern Erfahrung am eignen Leibe, in erster Linie die heilige Verpflichtung, den Verbesserungsbestrebungen eure besten Kräfte zu leihen? Schon im Interesse der Erhaltung und Sicherung der eignen Position dürft ihr euch nicht unnahbar auf die Seite stellen. Faßt freudig das große Ziel ins Auge, laßt alle Wenn und Aber beiseite und überwindet im Interesse der guten Sache alle kleinlichen Bedenken und Vorurteile! Ihr tragt in erster Linie die Verantwortung für das Gelingen oder Mißlingen der Bewegung für die Interessen der Allgemeinheit! Die altbewährte Buchdrucker-solidarität muß auch in die Reihen der Korrektoren einziehen, muß sie fest zusammenschweißen und zu edler Tat und erster Pflichterfüllung begeistern. Ohne Opfer kein Erfolg, ohne Kampf kein Sieg!

Leipzig.

B. M.

Korrespondenzen.

B. Varmen. (Bezirksversammlung.) Die am Sonntag, den 13. November, in Hadevornwald abgehaltene Bezirksversammlung war von 73 Kollegen besucht; auch waren zwei Nichtmitglieder anwesend, die sich während der Versammlung zum Verbands begeben. Unter Vereinsmitteilungen verlas Vorsitzender Klinkau das Zirkular betreffs Errichtung eines Härtel-Denkmal und wurde fast einstimmig beschloffen, 30 Mk. als Beisteuer nach Leipzig zu schicken. Kassierer Pichardt erstattete den Kassenbericht pro drittes Quartal und erfolgte die Entlastung desselben. Unter dem Punkt: „Bericht der Vertrauensleute über die Verhältnisse in den einzelnen Druckorten des Bezirkes“ hatte sich die Versammlung wieder einmal mit der Druckerei Meister in Schwelm (freisinniges Tageblatt) zu beschäftigen. Trotzdem die Druckerei für Verbandsmitglieder gesperrt ist, sucht M. solche unter allerlei Versprechungen für seine Druckerei zu gewinnen. Augenblicklich erklärt er, den Tarif ab 1. Januar anzuerkennen. Natürlich ist dieser Erklärung — wie schon so oft — keine Bedeutung beizumessen. Bis zum Januar hat er seine Hauptarbeit erledigt und sagt dann, er habe sich die Sache anders überlegt. So fingen in letzter Zeit wiederum vier Verbandskollegen dort an. (Es ist dies aus dem Fehler der Mitglieder zurückzuführen, daß sie nicht, trotz der öfteren Notiz im „Corr.“, bei Konditionsangeboten bei dem jeweiligen Orts- bzw. Bezirksvorstande Erkundigungen einzuziehen.) Während drei Kollegen sofort die Kündigung einreichten, blieb der Kollege Winnert trotz Aufforderung des Schwelmer Ortsvorstandes, seine Kondition zu verlassen, dort stehen. Es wurde beschloffen, gegen den Kollegen mit dem Ausschlusse vorzugehen. Die Druckerei Meister bleibt selbstverständlich auch ferner gesperrt. Ferner kamen noch Verhältnisse in der Dr. Zieglerischen Druckerei in Kemscheid (General-Anzeiger) zur Sprache. Genannte Druckerei, die zwar im Tarifverzeichnis steht, entlohnt zwei Maschinenleger (Nichtmitglieder) mit 20 und 26 Mk. Bei Vorstellwerden des Kemseider Vorsitzenden erklärte der Prinzipal zwar, die Verhältnisse zu ändern, es ist aber bis dato noch alles beim Alten geblieben. Die Sache soll dem Tarifschiedsgericht in Düsseldorf unterbreitet werden. Vorsitzender Klinkau erstattete hierauf einen kurzen Bericht über die in Essen stattgehabte Bezirksvorsteherkonferenz. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Varmen gewählt. Unter „Verhältnissen“ wurde die neue Einteilung der Arbeitsnachweise resp. die Zuteilung der Orte zu denselben, weil zu weit voneinander entfernt, einer Kritik unterzogen. Der Arbeitsnachweisesverwalter Schwaigerer äußerte sich zu der Sache und teilte mit, daß er sich dieserhalb schon an das Tarif-Amt und auch an das Kreis-Amt gewandt habe, aber den Bescheid zurückverweist, daß die Sache erst bei der nächsten Tarifrevision geregelt werden könne, um eventl. Wirrwarr zu vermeiden. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Bezirksversammlung spricht sich dahin aus, daß der nächste Abschluß der Tarifgemeinschaft nur von Organisation zu Organisation (Deutscher Buchdrucker-Verein und Verband der Deutschen Buchdrucker), als die allein die Kosten tragenden Vereinigungen abgeschlossen werden soll. Gleichzeitig spricht die Versammlung ihre Verwunderung und Mißbilligung über die Neueinteilung der Arbeitsnachweise aus.“ Hierauf Schluß der Versammlung.

a. Grunrt. Das Schicksal einer hiesigen, leider nicht im günstigen Sinne allbekannten Firma dürfte auch für weitere Kreise uners Gewerbes von Interesse sein. Wir meinen die Buchdruckerei von Brodmann, die seit jeder den wenig beneideten Ruf genießt, als Tarifverächterin von der tarifstreuen Gehilfenschaft ebensosehr gemieden zu werden, wie sie wegen ihrer Schundpreise, namentlich bei der Berechnung von Werken, unter den Prinzipalen, denen das Wort von „Leben und leben lassen“ als Geschäftsprinzip noch etwas gilt, gefürchtet ist. Die Firma arbeitete vornehmlich mit Verträgen und einem den Titel „Faktor“ führenden Gehilfen, einem alten Inventar-

stück, das für wenig Geld die Ehre genießt, als „rechte Hand“ des Chefs zu gelten; wurden ja einmal Gehilfen beschäftigt, so standen sie im Kurs natürlich noch unter dem bescheidenen Faktor. Zu Beginn dieses Jahres starb nun der Chef der Firma Brodmann, und das bedeutete den Anfang vom Ende der einstigen „Burdchenherrlichkeit“. Der die Leitung des Geschäftes übernehmende Sohn hat sich schon vor geraumer Zeit ins Ausland begeben, das Geschäft seinem Schicksale überlassen; die ganze übrige Familie ist verstreut, ein großer Teil der Zimmer- einrichtungen ist „freihändig“ verkauft, nachdem über das Geschäft selbst der Konkurs verhängt werden mußte. Letzteres geht nun nach den neu gewordenen Informationen an einen Käufer aus Leipzig über, der dasselbe vom 1. Januar ab weiterführen wird. Es verdient erwähnt zu werden, daß die Familie Brodmann einen streng christlich-tatholischen Lebenswandel führte, aber gerade deshalb war es uns umso unverständlicher, wie sich mit diesen Grundrissen die große Lehrlingszahl, deren übermäßige Ausnutzung (jeder Feiertag mußte z. B. durch unbezahlte Überstunden eingeholt werden) und die miserable Entlohnung der Gehilfen vereinbaren ließ. „Unrecht Gut geht nicht“ — dieses alte Sprichwort in Beziehung auf die Ausbeutung der Arbeiter angewendet, findet in diesem Falle auch einmal im gewerblichen Leben Anwendung. Leider nur zu selten!

Frankfurt a. M. Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 7. November eine recht zahlreich besuchte Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Ablebens der Mitglieder Nikolaus Jung und Wilhelm Herzog. Die Versammlung ehrte die Verstorbene in der üblichen Weise. Zu Punkt 1: „Bericht des Kartelldelegierten“, führte Kollege Behrends die wichtigsten Vorwissenisse des Sommerhalbjahres der Versammlung vor Augen. Großes Interesse und eine lebhafteste Debatte rief der zweite Punkt: „Tarifliches und Errichtung eines Tarif-Schiedsgerichtes“, hervor. Von Vorstandseite wurde hierzu etwa folgendes ausgeführt: Wenn man sich veranlaßt gesehen habe, diese Angelegenheit nochmals einer Versammlung zu unterbreiten, trotz des ablehnenden Standpunktes, den die Prinzipale im März dieses Jahres in dieser Sache angenommen hätten, dann könnte nur das Interesse der Allgemeinheit dafür Veranlassung sein. In erster Linie müsse betont werden, daß sich die Festlegung des Tarifes auf eine bestimmte Frist ohne die gleichzeitige Errichtung eines Tarif-Schiedsgerichtes als ein Unding herausgestellt habe. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer lassen sich bei Abschlüssen von Tarifverträgen von dem Gedanken leiten, ruhige Verhältnisse für das Gewerbe herbeizuführen. Am hiesigen Orte nun, wo gegen 40 Proz. aller Gießer im Veredeln arbeiten, ist es eine selbstverständliche Erscheinung, daß Reibungen entstehen; zumal hierorts nicht mit einem einheitlichen Tarife zu rechnen ist. Es hätten sich auf tariflichem Gebiete eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Firmen und ihren Personalen ergeben, welche unbedingt ihre Erledigung finden müssen. Diese könne nur auf dem Wege des Schiedsgerichtsanspruches geschehen. In der hieran anschließenden Debatte wurde von allen Rednern betont, daß eine derartige Institution für die Prinzipale wie für die Gehilfen von gleicher Bedeutung sei und wurde deshalb der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Gießer diesem berechtigten Wunsche der Gehilfen entsprechen würden. Folgende Resolution war inzwischen eingegangen und fand einstimmige Annahme: „In Erwägung, daß sich in letzter Zeit das Bestreben kund gibt, alle unsere Fragen und sonstige lokalen Angelegenheiten nur noch von Organisation zu Organisation erledigen und entscheiden zu wollen, beauftragt die heutige Versammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu Frankfurt a. M. ihren Vorstand, umgehend bei der Prinzipalsvereinigung des Kreises III (Frankfurt-Essenbach) die Bildung eines Tarif-Schiedsgerichtes zu beantragen.“ Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Fürth i. B. In der am 8. November abgehaltenen Monatsversammlung mußte ein Aufnahmegesuch zurückgestellt werden. Der Kartelldelegierte erstattete Bericht über die letzten Sitzungen im Gewerkschaftskartelle sowie im speziellen über die Errichtung eines Arbeitersekretariats. An dem volkstümlichen Hochschulkurkurs, welcher am hiesigen Orte zum erstenmale abgehalten wird, beteiligen sich fast sämtliche Mitglieder. Mit der Abhaltung eines Gantages, welcher Diern 1405 stattfinden soll, erklärte man sich einverstanden. Des weitern befaßte sich die Versammlung auch mit der Richard Härtel-Denkmalfrage. Um das Ansehen an Richard Härtel jederzeit vor sich zu haben, soll eine Richard Härtel-Stiftung in Gestalt einer Witwen und Waisen-Unterstützung errichtet werden. Es müßte ein bestimmtes Kapital vom Grundkapitale abgetrennt werden und von diesem Kapitale wären die Zinsen zu der Witwen- und Waisen-Unterstützung zu schlagen, da doch auf der nächsten Generalversammlung die Witwen- und Waisen-Unterstützung eingeführt wird. (Sind die Fürther Kollegen denn Propheten? Me.) Mit dem Zirkulare, welches die Kommission in Umlauf setzte, konnte man sich nicht einverstanden erklären, in Anbetracht der Kosten und der Unsicherheit. Da die Errichtung dieses Denkmals aber einmal als gesichert zu betrachten ist, wäre es besser, wenn die Verbandskasse die Angelegenheit allein regelte.

Hof i. B. Am 13. November, nachmittags 3 Uhr, fand hier im Restaurant „Dewet“ eine Allgemeine Buch-

druckerversammlung statt. Zwar war dieselbe schon auf morgens 10 Uhr anberaumt, aber sie mußte wegen der Druckerei des „Hof-Anzeiger“ (Hörmann) auf nachmittags verlegt werden, da in dieser Druckerei es am Tage zuvor hieß: „Der Sonntag nicht veränderbar ist, der muß arbeiten.“ Der Besuch von seiten dieser Druckerei ließ denn auch schlussfolgern, daß der Besuch der Versammlung nicht gern gesehen würde, war doch von dieser Hsijn kein einziges Nichtmitglied erschienen. Dagegen hatten sich Kollegen aus Rehau, Selb und Markt-Neuditz sowie ein Prinzipal aus Naika schon in früher Morgenstunden zahlreich eingefunden, was um so erfreulicher war. Aber desto trauriger sah es mit den Nichtmitgliedern von Hof aus; man merkte da wieder einmal, welches Interesse die Nichtmitglieder (25 an der Zahl) für ihr Gewerbe haben. Alle glänzten sie mit Abwesenheit bis auf einen einzigen. Da nun nach längerem Warten alle Aussicht auf eine zahlreiche Versammlung verloren war, eröffnete der Vorsitzende Bedtel die Versammlung, in welcher Kollege Fiedler-Nürnberg über das Thema: „Die unsichere wirtschaftliche Lage im Buchdruckergewerbe und wie schütten wir uns dagegen“, referierte. Redner entledigte sich in bester Weise seiner Aufgabe und erntete am Schluß seiner gediegenen Ausführungen allgemeinen Beifall. Hoffentlich sind die vorstehlichen Worte des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen; machte sich doch bei den auswärtigen Kollegen große Lust bemerkbar, dem Verbande beizutreten. Eine Diskussion fand nicht statt, da Kollege Fiedler leider zu früh Hof verlassen mußte.

F. Verlahn. Die Leser des „Corr.“ werden wohl recht lange nichts mehr von Herold gehört haben, doch kann zur Verhöhnung mitgeteilt werden, daß sich die hiesige Mitgliedschaft in besserer Blüte befindet und das Vereinsleben ein reges ist. Am 30. Oktober fand eine gutbesuchte Generalversammlung im Vereinslokal „Zum goldenen Stern“ statt. Nach Aufnahme eines Mitgliedes erstattete der Vorsitzende Karl Koch den Kassenbericht und wurde demselben auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Den Bericht des Gewerkschaftskartells erstattete Kollege D. Hoffmann. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Beitrag für das Kartell pro Kopf und Quartal um 5 Pf. erhöht werden soll, womit die Versammlung sich im Prinzip einverstanden erklärte. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: Karl Koch, Vorsitzender, Franz Fattroth, Schriftführer, wieder-Kezer, Bibliothekar, Bader, Weißer, neugewählt. Als Kartelldelegierte wurden wieder- bzw. neugewählt die Kollegen D. Hoffmann und H. Bader. Unter „Verhältnissen“ wurde nach beschloffen, an sämtliche hiesige Körperchaften (Krankenkassen, Baukäufer usw.) eine Eingabe zu richten, ihre Druckaufträge in nur tarifstreuen Buchdruckereien herstellen zu lassen, um auf diese Weise ebenfalls der Schmutzkonkurrenz Einhalt zu gebieten. Erfreulicherweise hat die größte Krankenkasse am Orte, die allgemeine Fabrikarbeiter-Krankenkasse, auf die Eingabe hin beschloffen, fortan nur tarifstreuen Buchdruckereien ihre Druckaufträge zukommen zu lassen. Die hiesige Stadtverwaltung, der ebenfalls seinerzeit eine diesbezügliche Eingabe gemacht worden war, konnte sich zu einem solchen vernünftigen Beschlusse noch nicht aufschwingen.

B. Jülich. Während bis vor Jahresfrist nur vereinzelt Mitglieder des Verbandes hier selbst konditionierten, ist es denselben infolge eifriger Agitation gelungen, einen Stamm von dreizehn Mitgliedern zu bilden. Die Gründung eines Ortsvereins wurde daher allseitig begrüßt und am 15. Oktober beschloffen. Am 6. November fand die Einweihungsfeier statt. Der Vereinsvorsitzende Raden begrüßte die Gäste und die zahlreich aus Machen und Düren erschienenen Kollegen und warf einen kurzen Rückblick auf die Verhältnisse hier am Orte. Unser Bezirksvorsitzender Wilmis ergriß hierauf das Wort zur Begrüßung des Vereins und führte den erschienenen Gästen in ausführlicher Weise die Zwecke und Ziele des Verbandes vor Augen. Namens der Dürener Kollegen entbot Kollege Nagler seinen Glückwunsch. Unter den mustalischen Spenden einer Tiroler Kapelle, komischen Vorträgen seitens der Kollegen, nahm die Feier einen anregenden Verlauf und nur zu früh schlug für manden die Abschiedsstunde. Eine am 9. Oktober abgehaltene Druckfachenausstellung erfreute sich einer regen Beteiligung und konnte der Ortskasse ein ziemlicher Ueberfluß überwiehen werden.

Ludwigs-hafen. (Maschinenmeisterklub.) Die am 2. November in Mannheim abgehaltene Versammlung hatte sich mit der Sigverlegung des Klubs von Mannheim nach Ludwigs-hafen zu befassen. Anlaß zu diesem in mancher Hinsicht bedauerlichen Schritte war der Individualismus, an dem fast alle Mannheimer Kollegen mit einigen rühmlichen Ausnahmen zu krankem scheitern. Daß aber eine Tagesordnung mit Sigverlegung für die Mannheimer keine größere Zugkraft ausüben konnte als die früheren (von den 35 Mitgliedern aus Mannheim waren 7, von den 18 Ludwigs-hafener Kollegen aber 14 anwesend), zeugt von einer Interesslosigkeit, wie sie schlimmer nicht dokumentiert werden konnte. So war es denn nicht besonders verwunderlich, daß die Sigverlegung fast ohne Debatte genehmigt wurde und der Klub als Maschinenmeisterklub Ludwigs-hafen-Mannheim firmiert. Nachdem noch eine fünfgliedrige Kommission gewählt worden war, die sich mit den Vorarbeiten für die Verlegung zu befassen hat, schloß nach Erledigung verschiedener Interna der Vorsitzende Keller die Versammlung. Die Kommission berief nun für Sonntag den 13. November, vormittags 10 Uhr, eine Ausero-bentliche Generalversammlung nach Ludwigs-hafen ein. Anwesend

waren aus Ludwigshafen 17, aus Mannheim 11 Kollegen. Den Ludwigshafener Bezirksvorstand vertrat Kollege Weische, den Gauvorstand Kollege Endemann. Die Statutberatung rief eine längere Debatte hervor, an der sich besonders die Kollegen Frank, Weische, Endemann, Benzle, Gaab und Gühmann beteiligten und gelangte das Statut nach einigen Abänderungen dann einstimmig zur Annahme. (Ueber den Punkt „Vorstandswahl“ siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 134.) Kollege Keller lehnte entschieden den Posten eines Vorsitzenden ab mit der Motivierung, daß er keinen besonderen Gefallen daran finden könne, wie seither nur vor leeren Tischen und Stühlen zu präsidieren und gab der Hoffnung Ausdruck, daß unter einem neuen Vorstände der Versammlungsbetrieb vielleicht besser werden würde. Als Klublokal wurde das Restaurant Breitling vorge schlagen und debattelos angenommen. Unter „Verschiedenes“ stellte Kollege Frank die Beschäftigung einer größeren hiesigen Druckerei in Aussicht. Hierauf beklagte ein Mannheimer Kollege seinen Neinsfall bei einer für Maschinemeister so be-rühmten Firma. Kollege Keller führte aus, daß dem vorzubeugen sei, wenn die Mitglieder immer erst Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einholen würden. Bei Engagements werden deshalb alle Kollegen er sucht, erst Erkundigungen einzuziehen. Hoffentlich bricht nun unter dem neuen Vorstände und infolge der Sigverlegung eine andre Hexa an für den Maschinemeisterklub Ludwigshafen-Mannheim.

Nürnberg. Am 13. November folgten die hiesigen Schriftgießer, Stereotypen und Galvano-plastiker einer Einladung der Maschinenfabrik Viktoria-werke Nürnberg zur Besichtigung ihres Etablissements, an welcher auch eine größere Anzahl von Seher- und Druckerkollegen teilnahm. Besonders waren es die von der Fabrik als Spezialität hergestellten neuen Gieß-instrumente, Bierpindelsystem, die ein Ungleichwerden der Platten verhindern, da beim Gießen der Druck nicht auf die Mitte des Instruments, sondern auf alle vier Seiten gleichmäßig verteilt ist, welche das Interesse aller Anwesenden erregten. Eine neue, verbesserte Vorklade sowie ein Justierapparat für schrägste Stereotypen usw. können ebenfalls als sehr praktisch und vielfach verwendbar bezeichnet werden. Da das Werk lief, so konnte eine von den Viktoriawerken konstruierte bandlose Schnellpresse im Gange besichtigt werden. Der verehrlichen Direktion sei für ihr freundliches Entgegenkommen, den Herren Ingenieur und Werkmeistern für ihre lebenswichtigen Bemühungen an dieser Stelle nochmals bestens gedankt.

-g- Posen. Unsere Novemberversammlung beschäftigte sich nach Erledigung der Personalnachrichten mit dem hiesigen Arbeitsnachweise. Es wurden zunächst die neuen Bestimmungen besprochen, deren Vorteile für die Gehilfenschaft allseitig anerkannt wurden. Dem Arbeitsnachweise wurde bis jetzt bei weitem nicht die Beachtung zuteil, die er verdient. Auch jetzt noch haben mehrere Firmen mit Umgehung des Arbeitsnachweises Gehilfen eingestellt. Das Bedauerlichste ist, daß darunter Gehilfen sind, von denen man gar nicht weiß, ob sie sich jemals um den Tarif gekümmert haben. Der Gehilfenvorsitzende erklärte, daß er bereits mit dem Prinzipalsvorsitzenden hierüber Rücksprache genommen und ihn ermahnt habe, die betreffenden Firmen auf ihre tarifwidrige Handlungsweise hinzuweisen und die Berücksichtigung der neuen Bestimmungen zu empfehlen. Zur Feier des Stiftungsfestes wurde beschlossen, daselbe mit einem Familienabend zu feiern. Es wurde hierzu eine Kommission aus Vorstands- und anderen Mitgliedern gewählt. Zu den demnächst stattfindenden Krankenkassenwahlen wurde beschlossen, wie bisher in Gemeinschaft mit dem polnischen Gehilfenvereine die Kandidaten hierzu aufzustellen. Der Vorsitzende brachte hierauf das Einhalten der Pausen bei Ueberstunden zur Sprache. Es seien ihm wiederholt Beschwerden zugegangen über das Nichteinhalten dieser Pausen. Die Schuld daran tragen auch Mitglieder, indem sie darauf gedrungen haben, die Pausen nicht einzuhalten, um dafür früher die Arbeits-sphäre verlassen zu können. Die meisten Redner betonten, daß es nicht nur richtig, sondern auch Pflicht der Mitglieder sei, diese Pausen einzuhalten. Ein Beschluß wurde der Konsequenz wegen nicht gefaßt, doch wurde betont, daß die Mitglieder diese Pausen einhalten sollen. Bei eventuellen Schwierigkeiten seitens einzelner Firmen wurde den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, zunächst sich mit dem Vorstände in Verbindung zu setzen. Hierauf kamen interne Sachen zur Sprache.

Bernigerode. Unsere so prächtig gelegene Harzstadt erfreut sich im allgemeinen großer Beliebtheit. Auch in Buchdruckerkreisen ist dieselbe sehr bekannt, aber nur nach der unglücklichsten Seite hin, denn die Verhältnisse waren bisher hier auch nicht weniger als erfreulich. Der Tarif war ein völlig unbekannter Gegenstand und vom Ver-bande hatte man vielleicht schon einmal etwas gehört; dieser und jener war vielleicht auch schon einmal Mitglied gewesen, hatte es aber vorgezogen, auszutreten, nachdem er den Verband „nicht mehr nötig“ hatte. Hatte er doch in Bernigerode (meist seinem Geburtsort, wohin er nach kurzen, auswärtigen gezeigten Gastrollen wieder zurückgekehrt) nunmehr dauernde Konditionen erhalten. An Wochenlohn erhielt man vielleicht 15 Mk., hatte aber Aussicht, nach 20 bis 25 Jahren — wenn man so lange lebte — einige Mark höher zu kommen; am Ende sogar bis auf 20 Mk. Damit war dann der Gipfel der Wünsche erreicht. Seit einiger Zeit ist aber auch in unserer finsternen Ecke ein Umchwung zum Besseren eingetreten. Die Zahl der Mit-glieder stieg durch zielbewußte Agitation nach und nach

so, daß wir am 23. Oktober mit 13 Mitgliedern an die Gründung eines Ortsvereins gehen konnten. Kollege Zappe-Sterewick, der Obmann des diesseitigen Agitationsbezirks, wohnte zu unserer Freude der Gründung bei. Inzwischen ist ein weiterer erfreulicher Zuwachs an Mit-gliedern eingetreten, so daß wir jetzt mit einer Stärke von 18 Mann schon einen ansehnlichen Verein darstellen. Der „Corr.“, für den bisher hier kein Boden war, ist seit dem 1. November in vier Exemplaren abonniert, allerdings noch eine geringe Zahl. Vom 1. Januar ab denken wir für je zwei Mitglieder ein Exemplar beschaffen zu können. Fortschritte sind auch in der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Allerdings bleibt auf diesem Gebiete hier noch übergenug zu tun, aber wir hoffen auch hierin weiter zu kommen; bei den so vernachlässigten Verbättnissen, wie sie hier bestanden, kann dies natürlich nur Schritt für Schritt geschehen. — Am 13. November hatten wir hier im „Hotel Monopol“ eine vom Kollegen Zappe-Sterewick arrangierte Druck-jahresausstellung. Die ausgestellten Druckarbeiten waren von verschiedenen auswärtigen graphischen Vereinen mit dankenswerter Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt. Die nur für Angehörige unsers Berufes bestimmte Ausstellung war sehr zahlreich besucht, auch einige Prinzipale hatten sich eingestellt. Eine größere Anzahl von Kollegen hatte sich hierzu aus Osterwieck eingeschrieben, ferner waren aus Hilsenburger Herr Buchdruckerbesitzer Selle mit den bei ihm beschäftigten Gehilfen sowie aus Halberstadt der Bezirkskassierer Kotte anwesend. Kollege Zappe hielt in der mit der Ausstellung verknüpften Versammlung einen Vortrag über die Entwicklung des deutschen Buchdrucker-gewerbes, welchem Thema er noch Ausführungen über den Wert der Tarifgemeinschaft anfügte, die Prinzipale und Gehilfen auffordernd, sich dieser Tarifgemeinschaft anzuschließen. Auch die Veranstaltung der Ausstellung dürfte für unsere Zwecke sich fördernd erweisen. Ein Fortschreiten im Siebenmeilenstiefeltempo erwarten wir davon nicht, aber jedenfalls ist sie eins von den kleinen Mitteln einer zielbewußten Agitation.

Rundschau.

Zur Anpöbelung die Lüge. In der „Graphischen Presse“ kann sich G. Br. nicht verweisen, auf unsern Ab-wehrartikel „Zur Hilfsarbeiterfrage“ in Nr. 128 hin die Buchdrucker von neuem anzugreifen. Mit dem Hannö-verischen Gewerksmann der „Graphischen Presse“ über den verunglückten Putz der Hilfsarbeiter bei der Firma Petersen weiter zu streiten sowie seine sonstigen Falschmün-zerien ihm begreiflich zu machen, geben wir als vergeb-lichen Versuch auf. Auch möge G. Br. mit dem von uns genügend gewürdigten falschen Zungenstücke unsers Kol-legen S. in Hannover, welcher in einer Uffizinsversammlung vom Verbands- sagte, derselbe wäre infolge der Tarif-gemeinschaft keine reine Gewerkschaftsorganisation mehr, ruhig weiter krebzen; er wird damit in erster Linie den Verfall des Redaktors der „Graphischen Presse“ finden, dessen Zurückung zu den Buchdruckern so groß ist, daß er den Hannöverschen Zwischenfall in seinem Blatte un-befindert austragen läßt, statt G. Br. an die „Solidarität“ zu verweisen. Wir wollen den Wächter über die gewerk-schaftliche Moral der Buchdrucker, eben jenen G. Br., heute also nur als Schwindler entlarven. Derselbe sagt näm-lich in seinem neuesten Ergüsse: „Es müssen wohl schon öfter derartige Beschwerden vorgelegen haben, denn ohne Grund wird der Hauptvor-siand des Buchdruckerverbandes sicher nicht dazu kommen, eine Verfügung herauszugeben, daß Verbandsmitglieder Arbeitswillige nicht an-nehmen dürfen trotz des Tarifes.“ Das ist eine hanebüchene Lüge! Unsern Hauptvorstände fällt unso-weniger ein, eine derartige „Verfügung“ herauszugeben, weil das Anlernen von Streikbrechern sowie die Beschäftigung mit Streikarbeit ganz selbstverständlich gegen unsere gewerkschaftlichen Grundzüge verstoßen. Es hat lediglich eine unverfändliche Aussprache zwischen den Leitern unsrer und der der Hilfsarbeiterorganisation statt-gefunden über das gegenfeitige Verhalten bei derartigen Konflikten im allgemeinen. Im übrigen täte G. Br. besser, die Bäckchen nicht zu sehr aufzublasen; die Organisation der Steindruckerei hat nämlich mit den Dresdener Buch-bindern jetzt einen harten Strauß anzufechten wegen des Streiks bei Söh in Mülten bei Ausben. Wir mischen uns nicht in diese Angelegenheit, wir konstatieren nur, daß die Beschuldigung, die Steindrucker hätten durch ihre Fahrenflucht das Wüßlingen jenes Ausstandes herbei-geführt, von dem Vorsitzenden Sillier zurückgewiesen wurde mit dem Bemerkten, er habe noch nicht eine so mangel-haft vorbereitete Aktion vorgefunden, während der Dres-dener Gauvorsitzer der Steindrucker den Buchbindern sagte, sie hätten ein unsinniges Aufreiben der Kräfte verlangt, weil sie die Taktik verfolgt hätten, trotz der verlorenen Sache „immer noch feste draufzustoßen“; es liege weiter nichts vor als zwei Auffassungen in der Streiktaktik. G. Br. möge also ja keinen Stein erheben, weil man ihm sonst seinen Aufenthalt in einem Glashause begreiflich machen müßte. — Die „Solidarität“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer ebenfalls mit dem Hannöverschen Falle, behandelt aber die Frage mehr vom allgemeinen Stand-punkte aus. Wir gehen heute auf diese Ausführungen nicht näher ein, sie sind ja auch zum größten Teile durch unsere Auffklärung erledigt. Daß die „Solidarität“ dem „Corr.“ bei der Gelegenheit wieder Unterstellungen macht,

für die man ebenfalls das Wort verrückt heranziehen muß, sei nur noch nebenächlich hervorzuheben.

Eine recht verständige Haltung nahm der bayer-ische Verkehrsminister in einer Lohnangelegenheit ein. Der die neue Güterhalle in Rasing bauende Unternehmer zahlte seinen Leuten einen Stundenlohn von 42 Pf., obgleich der ortsbliche Durchschnittslohn 47 Pf. beträgt. Der Münchener Gauvorsitzer der Zimmererorganisation wurde nun bei dem Minister v. Frauenborfer vorstellig, da nach § 3 der staatlichen Submissionsbedingungen solche Unternehmer bei der Vergabung öffentlicher Arbeiten aus-geschlossen werden sollen, welche erheblich niedrigere Löhne als die in einem Gewerkszweige üblichen bezahlten. Der Minister sprach zunächst dem Gewerkschaftsführer seine Freude darüber aus, daß er direkt zu ihm komme, und erklärte sich sofort bereit, dem betreffenden Unternehmer die Zahlung des Durchschnittslohnes auszuverlegen. Die-mem Versprechen ist er auch nachgekommen, der lohndrückende Unternehmer seiner Pflicht aber nur zum Teile, denn der-selbe ließ seine Leute ein Schrittlitil unterzeichnen, worin sie sich mit einem Stundenlohn von 45 Pf. zufriede-n geben. Das Vorgehen des bayerischen Verkehrsministers verdient alle Anerkennung und kann anderen Staats- und Stadtbehörden (wir erinnern an Ludwigshafen) zur Nachahmung dienen, die betreffenden Zimmerer allerdings haben sich dadurch recht besämen lassen.

Tariflichen Vereinbarungen zwischen Unter-nehmern und Arbeitern ist auch der hiesige Finanz-minister sehr günstig gesinnt. Der Abg. Ulrich beantragte im Finanzauschuß, beim Abschluß von Verträgen müsse darauf gesehen werden, daß die mit den Vertretungen der Arbeiterschaft vereinbarten Löhne und Arbeits-beingungen anerkannt und Streiks und Ausperrungen nicht Naturereignisse gleichgestellt werden. Der Finanz-minister betonte zu diesen Ausführungen, daß schon der praktische Standpunkt der Bau-rrren — es handelte sich speziell um die Vergabung von Bauten — solche Firmen bevorzugten müsse, welche derartigen Vereinbarungen beigetreten sind. Mit 19 gegen 18 Stimmen wurde leider der Ulrichsche Antrag abgelehnt, die Vertreter der Land-wirtschaft waren samt und sonders dagegen.

Reizende Zumutungen enthalten zwei Inserate in der letzten Nummer der „Buchdrucker-Woche“. In dem einen wird von Ph. Nopp in Trarbach ein jüngerer tüchtiger Zeitungsetzer gesucht, „der vielleicht auch Ein-legen mitbesorgen kann“, und im zweiten verlangt S. Hau-boldt in Schwene einen Schweizerdegen oder Sezer, der perfekter Einleger sein muß. Hoffentlich bekommen die Besitzer dieser beiden Kunststempel statt der gewünschten Angebote etliche derbe Antworten auf ihre sonderbaren Zumutungen.

Auf eine Ablegevorrichtung am Typograph ist John Glennie Holbourn und Henry Max Longhorst in London ein Patent erteilt worden. Das Ansehen der Hemmungen erfolgt durch einen Winkelhebel, dessen eines Ende mittels einer Stange von einem Dammen der Antriebswelle bewegt wird und dessen Drehpunkt in einem Ansaße des nur in senkrechter Richtung beweglichen Rah-mens für die Hemmungen liegt. Das andre Ende des Winkelhebels gleitet auf einer feststehenden Fläche, dem oben abgegrägten Rande des Rahmens, so daß beim Heben der Stange ein Heben der Hemmungen bewirkt wird.

Für die Buchdruckerfachschule in Berlin ist vom Magistrat ein größerer Zuschuß in Aussicht genommen, nachdem sich die Besudenzahl auf 931 erhöht hat.

Ihr Erscheinen einstellen wird mit Ende dieses Jahres die „National-Zeitung“ in Berlin. Der bekannte Scharfmacher Viktor Schweinburg wurde kürzlich noch als Käufer genannt, doch hat sich die Sache zerfallen.

Montagszeitungen gibt es, nachdem auch der Scherliche Verlag mit einem „Der Montag“ betitelten Blatte auf dem Plane erschienen ist, in Berlin nunmehr sechs.

Kollege Greshner hat seine Wahl zum Bürger-meister von Ziegenhain abgelehnt. Ob die Befürd-terung der Nichtbesättigung dafür maßgebend war, wird nicht gesagt.

Im Alter von 69 Jahren ist in Großlichterfelde bei Berlin der Romanschriftsteller und Dichter Hans von Hoppen gestorben. Hoppen war geborener Münchener.

Antilke Kriegsanzichtspostkarten ist jedenfalls das Neueste in dem lukrativen Geschäftszweige der An-sichtspostarten. Das japanische Verkehrsministerium hat mit der Herausgabe einer Serie von sechs Stück solcher Karten dem Staatsfädel eine neue Erwerbsquelle geschaffen. Von der ersten Auflage (530 000 Stück) ging die Hälfte an die Truppen ab, der Rest wurde innerlich weniger Stunden verkauft, so daß sofort eine zweite Auflage in Angriff genommen wurde.

Ein blamierter Gemeinderat. Das obdenburgische Städtchen Bant, dessen letzte Gemeindevorstandswahl (siehe auch Nr. 133 und 134) in der Arbeiterpresse ziemlich Wellen geschlagen, hat einen sich in der Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammensetzenden Gemeinderat. An-längst beging diese Gemeinde die Feier ihres 25-jährigen Bestehens, bei dessen Arrangierung das Hoch auf den Großherzog auch eine Rolle spielte. Die Vertreter der Presse waren erucht worden, über diese in öffentlicher Sitzung besprochene Angelegenheit nichts zu bringen, wel-chem Ersuchen der Redakteur der „Wilhelmshavener Zeitung“ jedoch nicht nachkam, indem er in seinem Bericht auch diese Sache erwähnte. Der ersten Schlauchheit ließ nun der Bantter Gemeinderat durch Ausweisung des betreffenden

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Berichterstatters eine zweite, größere folgen. Dieser aber, es ist der Redakteur des genannten Blattes selbst, drehte den Spieß um und beantragte beim Ministerium die Annulierung der in jener Sitzung gefassten Beschlüsse, weil der Gemeinderat ihm als Bürger die Teilnahme an einer seiner Sitzungen verweigert habe, wozu er nach der Befassung kein Recht habe. Was das Ministerium in diesem eigenartig gelagerten Falle zu tun gedenkt, darf man recht gespannt sein.

Der Vorwurf der Klassenjustiz ist keine Beleidigung für Richter. Der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“ war von dem Landgerichtspräsidenten in Breslau wegen übler Nachrede verklagt worden, Wabersky hatte nämlich anlässlich eines der bekannten Breslauer Urteile über organisierte Arbeiter gegen die betreffenden Richter den Vorwurf der Klassenjustiz erhoben. Das Gericht erkannte auf Freisprechung und legte der Staatskasse die Kosten auf. In seinen Gründen stellte es sich auf den Standpunkt, daß der Vorwurf der Klassenjustiz keine Beleidigung der Breslauer Richter zu bilden brauche, denn es könne in dem Worte Klassenjustiz die Meinung ausgesprochen sein, daß die Richter anders über soziale Dinge dächten als die Arbeiterklasse und deren Vertreter, daß sie also objektiv befangen gewesen wären und in dieser unbewußten Befangenheit nach Meinung sozial anders denkender Volksklassen ein zu hartes Urteil gefällt hätten. Eine solche Deutung lasse das Wort Klassenjustiz wohl zu.

Das Kriegsgeheimnis begraben haben die vereinigten Hamburger Brauereien und das dortige Gewerkschafts-Partei. Die Brauereien hatten gegen genannte Korporation eine Schadenersatzklage von 21000 Mk. anhängig gemacht, die auf Geschäftsbenachteiligung während des Bierbockhottes zurückzuführen ist. Die Parteien erklärten in der ersten Verhandlung, daß kein Interesse an der Fortsetzung des Prozesses mehr vorhanden sei, da der Bockhotz aufgehoben ist. Aus formalen Gründen macht sich jedoch noch eine zweite Verhandlung nötig. Im Buchdruckgewerbe pflegt die Kriegsstimmung nicht so schnell zu verrücken, wie die Klage von jedw. Leipziger Schriftgießerei gegen den verantwortlichen Redakteur des „Corr.“ es beweist, in welcher Sache demnächst Termin stattfindet.

Saarabisches. Auf der Burbacher Hütte fand kürzlich unter entsprechendem Drum und Dran die Uebergabe einer von der Hüttenverwaltung der Velegschaft gestifteten Fahne, die Ufrenverteilung und die Verpfändung von 143 unständigen Arbeitern zu ständigen Mitgliedsen der Knappschaft statt in Anwesenheit des Generaldirektors und der Betriebsleiter. Der ganze Kitzbim wird als ein Beweis des zwischen der Arbeiterschaft und der Verwaltung der Hütte bestehenden herzlichen Verhältnisses bezeichnet. Der Herr Generaldirektor hielt natürlich bei der Gelegenheit eine Rede und warnte eindringlich vor den Verlockungen der Sozialdemokratie und den Bestrebungen der verschiedenen Gewerkschaften. Leute, welche sich dergleichen Elementen anschließen, könnten im Betriebe der Hütte nicht länger gebuddel werden. Die Interessen der Sozialdemokraten wie auch der Gewerkschaften lägen außerhalb, es würden den Arbeitern nur große Summen aus der Tasche geholt und damit die Verbandskassen gesplittert. Wenn die Arbeiter irgend welche Anliegen hätten, dann sollten sie sich an den Arbeiterausschuß, die Knappschaftsältesten oder an ihre Meister und Betriebsführer wenden; auch stände jedem einzelnen der Weg zu ihm offen. Zu übrigen aber könnten die Arbeiter wohl zufrieden sein, denn die Verwaltung sorge stets dafür, daß in jeder Weise für ihre Arbeiter gesorgt wird. Er erinnerte hierbei an die mustergültigen Wohlfahrts-Einrichtungen der Hütte, welche in diesem Jahre noch um eine Milchsterilisierungsanlage und ein Erholungsheim vermehrt worden seien. Bekanntlich führte der Minister Wöllner im preussischen Landtage die Bergwerke des Geheimrates Hilger sowie einige von demselben getroffene Einrichtungen ebenfalls als Beispiel für das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. In der „Arbeitgeber-Zeitung“ kennzeichnete aber jemand mit einer ursprünglichen Offenheit den Wohlfahrtszweck des Unternehmens, das mit solchen Mitteln meistens die üblichen Ausnahmen besitzenden jedoch auch hier nur die Regel ganz andere Zwecke verfolge als die Herbeiführung eines guten Verhältnisses. Während der Generaldirektor der Burbacher Hütte vornehmlich die persönliche Freiheit des Arbeiters als Gegenleistung für die Wohlfahrts-Einrichtungen taktiert — siehe dessen Bemerkungen über Gewerkschaften und Sozialdemokratie — bezeichnet die „geschätzte Seite“ der „Arbeitgeber-Zeitung“ dergleichen Einrichtungen als blankes Schandergeldstück: „Die auf das Wohl der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen besitzen keineswegs einen rein charitativen (wohlthätigen) Charakter. Sie entspringen vielmehr in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art. Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen

Gebnern und Empfängern, d. h. also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Gebner die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrts-Einrichtungen auf den Empfänger selbst ab-zuzuwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht. Allerdings läßt es sich schwer oder gar nicht nachweisen, inwieweit der einzelne Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, weil es sich da, wo die Wohlfahrts-Einrichtungen einen größeren Umfang erreicht haben, meistens nur um isolierte Betriebsstellen handelt, so daß die Möglichkeit eines sachgemäßen Vergleiches der dort gezahlten Löhne mit den an anderen Orten üblichen so ziemlich ausgeschlossen erscheint. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrts-Einrichtungen geradezu durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrts-Einrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.“ Der Mann, der das geschriebene, muß es ja allerdings wissen.

25 Prozent Dividende verteilt die Hannoverische Maschinenbau-Vereinsgesellschaft vormals Georg Egelfors in Linden. Den Arbeitern zeigte man sich insofern „erkennlich“, daß man den Wohlfahrts-Einrichtungen 50000 Mark überwies, als Gratifikationen für Beamte setzte man ebenfalls 50000 Mark aus. Ueber das Kapitel „Wohlfahrts-Einrichtungen“ haben wir uns im vorliegenden geäußert; ob auch in diesem Falle eine indirekte Aufrechnung auf die Löhne stattfindet, können wir nicht behaupten.

Der Einfluß der Agrarzölle und die Wirkungen der Viehsperrre machen sich bekanntlich in einer für den Haushalt des Arbeiters recht empfindlichen Verteuerung der Fleischpreise bemerkbar. In welchem Maße, ist aus dem statistischen Jahrbuch der Stadt München zu ersehen, worin nachgewiesen wird, daß im letzten Vierteljahrhundert das Fleisch um 50 Proz. teurer geworden ist. Bemerkenswert ist besonders die Steigerung seit 1900. Für Mittelware wurde in München Ochsenfleisch das Kilogramm im Jahre 1903 mit 152, gegen 140 Pf. in 1900 bezahlt, Rindfleisch mit 132 gegen 128, Kalbfleisch mit 138 gegen 128 und Schweinefleisch mit 150 gegen 136 Pf. im Jahre 1900. Die Löhne sind seit genanntem Jahre aber eher gesunken denn gestiegen. Wie ein Märchen liest es sich, daß im Jahre 1825 daselbe Quantum Ochsenfleisch für 46, Kalbfleisch für 39 und Schweinefleisch für 51 Pf. zu kaufen war.

Der Kohlenwucher des rheinisch-westfälischen Syndikats richtet sich jetzt nur noch gegen die breite Volksmasse, weil daselbe es aus naheliegenden Gründen mit der Industrie nicht weiter verderben darf. Demzufolge ist für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 der Preis für Hausbrandholz um 2 Mk. pro Tonne erhöht worden. Wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ aber Nummer für Nummer schreibt, sind die Produktionsbedingungen günstigere geworden, weil statt der Lohnerhöhungen vieler von Reduktionen die Rede sein kann.

Die Frage der öffentlichen Arbeitslosen-Unterstützung hat kürzlich in zwei Ländern wieder eine Aufregung erfahren. In Frankreich hat der vielgenannte frühere Minister Millerand der parlamentarischen Kommission für soziales Versicherungs- und Fürsorgewesen eine Denkschrift über die verschiedenen Gesetzes- und Verwaltungsvorschläge zur Organisation von Arbeitslosenstellen, die bisher bekannt geworden, vorgelegt. Die Denkschrift läuft darauf hinaus, das belgische Experiment, welches der Advokat Barles in der Stadt Gent zuerst angeregt hat, nunmehr in Frankreich auf umfassender Grundlage zu wiederholen. Das Gentler System beruht bekanntlich auf Arbeitslosenzustellen, die jede Gemeinde errichtet, um aus ihren Mitteln die Arbeitslosenversicherungsstellen der verschiedenen Arbeiterorganisationen, Wohlfahrts- und Unterstützungsvereine nach bestimmten Verhältnissätzen zu unterstügen. In der Schweiz hat der Bundesrat der Bundesversammlung jetzt eine Sammlung von Gutachten des Schweizerischen Arbeitersekretariats, von Unternehmerorganisationen und Kantonsregierungen vorgelegt. Trotdem der Bundesrat zehn Jahre zu dieser Sammlung gebraucht hat, kommt er dennoch mit keinem positiven Vorschlage. Soweit sich die oberste Behörde der Schweiz über das von ihr unterbreitete Material äußert, spricht sie sich für eine lokale Regelung der Arbeitslosen-Unterstützung aus; bei Krisen sollten von den Kantonen und dem Bunde Zuschüsse geleistet werden. Der Bundesrat betonte noch, daß zunächst eine gesetzliche Fürsorge für Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter sowie für Witwen und Waisen zu schaffen sei. Mit der Arbeitslosenversicherung wird es daher noch gute Weile haben.

Einen städtischen Arbeitsnachweis beabsichtigt der Magistrat zu Hannover zum 1. April 1905 zu errichten. Anlaß zu dieser neuen sozialpolitischen Maßnahme soll ein Vitzgeuch des christlichen Gewerkschaftsartells gegeben haben. Schon vor Jahren trug sich der Magistrat einmal mit der Absicht, einen Arbeitsnachweis zu schaffen,

aber durch die Ablehnung eines bereits ausgearbeiteten Statuts, das sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer nicht befugte, wurde die Realisierung dieser Idee demarn illusorisch gemacht.

In Königsberg sind die Maurer abermals ausgeperrt worden, weil diese sich geweigert haben, den während des Streiks mit einer Arbeitswilligenorganisation abgeschlossenen Tarif anzuerkennen sowie Delegierte zur Tarifkommission zu entsenden. — Die Damenschneider in Frankfurt a. M. haben ihre Forderungen bewilligt erhalten und die Arbeit wieder aufgenommen.

Die streikenden Schiffer in Douai (Frankreich) akzeptierten das gestrichene Uebereinkommen und nahmen ebenfalls die Arbeit wieder auf.

Gingänge.
Typographische Jahrbücher. Monatlich erscheinende Zeitschrift für die Interessen des gesamten graphischen Gewerbes. Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig-Nr. 25. Jahrg. Heft 11. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 4,80 Mk. — Diesem Hefte sind wiederum eine ganze Anzahl schöner Farben- und Satzbeilagen beigegeben. Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Im Auftrage der Wiener Graphischen Gesellschaft herausgegeben von Heinrich Feige, Wien VII/2. Heft 10 des VI. Jahrganges. Preis pro Jahrgang 6 Mk. Einzelnummer 50 Pf.

Viktoria, Technische Mitteilung aus dem Graphischen Gewerbe. Herausgegeben von der Maschinenfabrik Rostroff & Schneider Nachf., A.-G., Dresden-Heidenau. Heft 4.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Rich. Bong & Co., Berlin W 57. Jährlich 24 Hefte à 60 Pf. und 2 Hefte à 1,20 Mk. Heft 6.

Für Alle Welt, vereinigt mit „Zur Guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift mit der Abteilung Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57 und Leipzig. Heft 6. XVIII. Jahrgang. Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1905. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. 6. Jahrgang. Preis 50 Pf. für Verbandsmitglieder; im Buchhandel 75 Pf. (bei F. G. W. Diez Nachfolger in Stuttgart).

Der Königsberger Hochverratsprozeß. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Das erste Heft dieses auf 11 Hefungen à 20 Pf. berechneten Werkes liegt bereits vor. Der Prozeß ist mit Einleitung und Erläuterungen von Kurt Eisner herausgegeben.

Briefkasten.

W. D. in Erfurt: Besten Dank!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für:

die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Fricbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lauanne, Chaleat du midi, chemin Jurigoz;

die italienische Schweiz an F. Balscechi, Lugano, Via nuova 13;

Elsaß-Lothringen an Alphons Schmoll, Straßburg, Lange-straße 146;

Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Ziegler- gasse 25, 4. Stiege, II. Stock 33;

Belgien an Willy. Sarhage, Place de la Duchesse 6, Brüssel;

Ungarn an Lerner Desjö, Budapest VI, Hunyadi-ter 3;

Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michalergasse 16;

Holland an S. Fols, Amsterdam, Bloemstraat 60huis;

Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Som-

abend den 26. November, 9 Uhr abends: Vorstands-

sitzung im Vereinslokale von A. Franzen, Michalis-

straße 46.

Nordwestgau. Außer den Gauen Frankfurt-Hessen,

Ostland-Thüringen und Ostpreußen, mit welchen schon

die Gegenseitigkeit bestand, haben der Gau Schleswig-

Holstein und der Nordwestgau die Gegenseitigkeit in be-

treff Gauzuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung ab-

geschlossen, welche zwischen beiden letztgenannten Gauen

ab 1. Dezember d. J. in Kraft tritt.

Frankfurt a. M. Der Vorstand der Vereinigung der Maschinenseger für den Gau Frankfurt-Hessen setzt sich nach der am 13. November erfolgten Neuwahl wie folgt zusammen: Franz Porten, Keplerstraße 19, erster Vorsitzender; Paul Koppe, zweiter Vorsitzender; Max Theunert, Lorigingstraße 3, III, Kassierer; L. Wäger, Schriftführer; Karl Knorr, Beisitzer. Zu Neuwahlen wurden gewählt die Kollegen Ernst Dominé und Heinz Hoff.

Heilbronn. Der Vorstand des hiesigen Maschinenmeistervereins besteht für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen: Wilhelm Köppler, Nordbergstraße 21, II, Vorsitzender; August Gailing, Kassierer; Alb. Brenner, Schriftführer.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In **Bochum** der Seher Johannes Schmitz, geb. in Koblenz-Neuendorf 1878, ausgl. in Koblenz 1896; war schon Mitglied. — In **Hattingen** der Drucker Kaspar Wilhelm Altenvoerde, geb. in Langendreer 1880, ausgl. in Hattingen 1898; war noch nicht Mitglied. — In **Necklinghausen** der Seher 1. Gustav Gold, geb. in Necklinghausen (Schlesien) 1869, ausgl. das. 1888; 2. Hubert Knepper, geb. in Necklinghausen 1876, ausgl. das. 1894; 3. Fritz Pannede, geb. in Neudamm 1883, ausgl. das. 1902; 4. der Maschinenseger Karl Fürstberg, geb. in Lüchow 1879, ausgl. das. 1897; 5. der Drucker 5. Johann Hiltrop, geb. in Necklinghausen 1884, ausgl. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder; 6. Oskar Neufurth, geb. in Böhn 1873, ausgl. das. 1891; 7. der Seher Hubert Fabunentich, geb. in Necklinghausen 1873, ausgl. das. 1892; waren schon Mitglieder. — In **Wanne** der Drucker Ludwig Ellermann, geb. in Bochum 1879, ausgl. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — **Emil Albrecht** in Bochum, Wienelhäuserstraße 33.

In **Chemnitz** die Seher 1. Kurt Alfred Fedel, geb. in Auerbach 1883, ausgl. das. 1902; 2. Otto Gref, geb. in Hildesheim 1873, ausgl. in Chemnitz 1891; 3. Paul Arthur Kühn, geb. in Sachsis 1880, ausgl. in Chemnitz 1899; waren schon Mitglieder. — In **Meerane** der Seher Georg Albert Reichardt, geb. in Meerane 1877, ausgl. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — In **Waldheim** der Seher Franz Otto Geißler, geb. in Dösch 1886, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — **C. W. Stoy** in Chemnitz, Amalienstraße 41.

In **Donaueschingen** 1. der Seher Reinhard Simon, geb. in Todtmoos 1878, ausgl. in Donaueschingen 1897; war schon Mitglied; 2. der Drucker Eduard Simon jr., geb. in Todtmoos 1867, ausgl. in Donaueschingen 1895; war noch nicht Mitglied. — **Nikolaus Pfele** in Lahr, Friedrichstraße 22.

In **Duisburg** der Seher Johann Hepper, geb. in Duisburg 1870, ausgl. das. 1888; war schon Mitglied. — In **Dorsten** der Drucker Heinrich Bodt, geb. in Duisburg 1887, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Muhrt** der Seher Heinrich Harmsen, geb. in Anhalt (Weitz) 1884, ausgl. in Emmerich 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Mülheim (Ruhr)** die Seher 1. Stanislaus Skrzynski, geb. in Bernie (Kreis Krotoschin) 1886, ausgl. in Krotoschin 1904; 2. Ferd. Höfmann, geb. in Hülthausen 1884, ausgl. in Mülheim a. Ruhr 1902; waren noch nicht Mitglieder. — **B. Albricht** in Duisburg, Kammerstraße 141.

In **Frankenhausen** (Rheinl.) der Maschinenseger Oskar Müller, geb. in Sangerhausen 1880, ausgl. das. 1898; war schon Mitglied. — **L. Stange** in Erfurt, Wolfstraße 20.

In **Frankfurt a. M.** die Seher 1. Heinz Doland, geb. in Frankfurt a. M. 1883, ausgl. das. 1901; 2. Josef Lint, geb. in Frankfurt a. M. 1887, ausgl. das. 1904; 3. Julius Ludwig Scheibel, geb. in Ober-Mörlen (Hessen) 1885, ausgl. in Friedberg (Hessen) 1904; 4. Johann Nagel, geb. in Hedderheim 1864, ausgl.

in Frankfurt a. M. 1882; 5. Karl Meier, geb. in Dornholzhausen 1879, ausgl. in Homburg v. d. H. 1897; 6. der Schweizerdegen M. L. Georg Vogel, geb. in Salingsdorf (Bayern) 1884, ausgl. in Unsbad (Bayern) 1901; 7. der Drucker Jean Rothhaupt, geb. in Frankfurt a. M. 1885, ausgl. das. 1904; 8. der Stereotypseger Theodor Kürber, geb. in Frankfurt a. M. 1880, ausgl. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder; 9. der Seher Theodor Gräber, geb. in Schwanheim 1863, ausgl. in Frankfurt a. M. 1884; war schon Mitglied. — **Phil. Gutthardt**, Haidestraße 50, IV.

In **Fürstenaue** (Hann.) der Seher Karl Harburg, geb. in Sievershausen 1836, ausgl. in Gantersheim 1904; war noch nicht Mitglied. — **R. Sundorf** in Dönnbrück, Suttthauerstraße 99.

In **Langensalza** der Seher Wilhelm Mathejus, geb. in Herzberg a. S. 1885, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — **Otto Wohlfarth** in Gotha, Seebachstraße 30.

In **Meß** 1. der Drucker Georg Koch, geb. in Ebernach a. Meß 1835, ausgl. das. 1903; war schon Mitglied; die Seher 2. Karl Grupp, geb. in Ulm a. D. 1884, ausgl. das. 1902; 3. Viktor Dreßler, geb. in Heirichsdorf (Lothr.) 1885, ausgl. in Zabern 1904; waren noch nicht Mitglieder; 4. Wilh. Ummann, geb. in Neißelberg (Pfalz) 1882, ausgl. in Weissenheim a. Glan 1899; war schon Mitglied. — **G. Gräber**, Stationsstraße 8, I.

In **Salzburg** der Seher Josef Haubner, geb. in Schönbrunn (Böhmen) 1883, ausgl. 1903; war noch nicht Mitglied. — **J. Wojledner**, Getreidegasse 7, III.

Arbeitslosen - Unterstützung.

Kostof. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, dem Seher Karl Meinen aus Berlin (Buch Mecklenb.-Lübeck Nr. 776) die Hauptbuch-Nr. 15472 einzutragen zu wollen.

Wir suchen sofort

Galvanoplastiker

im Prägen und Abdecken gewandt. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen erbeten an

Brend' amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Typogr. Gesellschaft, Hamburg.
Sonnabend den 26. November:
Mitgliederversammlung
in **Sossows Gesellschaftshaus** (Schauenburgerstraße). Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist zu dieser Versammlung erforderlich. **Der Vorstand.** [194]

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.
Die nächste Quartalsversammlung
findet **Sonntag den 27. November, nachmittags 3 Uhr** (gleich nach dem Konzerte der Liedertafel Gutenberg von 1877) im Lokale des Herrn Böning, Großenmarkt 50, statt. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Vortrag des Kollegen Gösch über die Buchdruckpresse und ihre Entwicklung; 4. Technisches; 5. Verschiedenes. — Außerdem: Große Ausstellung der Druckfächer von der Weltausstellung in St. Louis.
Den auswärtigen Mitgliedern werden beim Besuche dieser Versammlung, sofern dieselben ein Vierteljahr Mitglied des Maschinenmeistervereins und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind, zwei Drittel der Fahrkosten (jedoch nicht über 2 Mk.) zurückvergütet. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand. [192]

Ein Herr
gleich wo wohnhaft sofort gesucht zum Verkauf von Zigarren an Wirte, Händler usw. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. **A. Rieck & Co., Hamburg.** [189]

Wir suchen per sofort einen in Entwurfsfähigen und in Ausführung flotten, selbständigen

I. Akzidenzseher.
Herren, welche in Kalkulation firm sind und event. den Geschäftsführer in der Besorgung mit dem Publikum vertreten können, erhalten den Vorzug und wollen Briefe mit Gehaltsforderung u. Angabe der Personalkosten direkt senden an **Glaser & Suhl, Stuttgart.** [197]

Jünger, fleißiger

Stuttgarter graph. Versandhaus,
52 Calwerstr. Th. Leibius. Calwerstr. 52, empfiehlt: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zuchtmesser, Uhrbänder, Blor.-u. Weinzipfel, fünffarbig, Kravattenadolin, Damenbrotschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale mit Gutenberg od. Wapp., Schnupftabakdosens, Feuerzeuge u. Vereinsabzeichen etc. Illustr. Preisliste gratis u. franko.

H. Andressen & Sohn, Hamburg.
Fabrik von Matrizenpulver. [884]
100 Ko. 40 Mk. ab Hamburg.

Sind Sie klug?
[198] So bestellen Sie sofort Ihre Weihnachtspräsente in Semi-Emallesschmuckstücken, Vorgrößerungen, Opalporträts usw., weil vor dem Feste der Andrang zu gross. Billigste Preise. Kulante Zahlungsbedingungen. Illustr. Katalog gratis und franko. Photograph. Kunstanstalt Max Schmitz, Leipzig-R. 90.

Bezugspreis des Corr. bei allen Postämtern jährlich 0,65 Mk. (in Deutschesland viereljährlich 2,50 Mk. (in Deutschesland und Österreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Zustande 2,50 Mk. bei wöchentlich einmaliger Zustellung (3 Nummern zusammen) nach Deutschesland und Österreich 1,00 Mk., dem übrigen Zustande 1,25 Mk.

Liedertafel Gutenberg von 1877
Hamburg-Altona. Dirigent: Herr Organist Max Rode.
Sonntag den 27. November:
KONZERT
mit Benutzung der Orgel in Konzerthaus Hamburg (vormals Gebr. Ludwig).
Saalöffnung 12^{1/2} Uhr, Beginn des Konzerts 1 Uhr mittags.
Solisten: Frau Eleonore Gluth-Schachtrup (Sopran), Königl. Kammermusiker Herr Heinrich Kruse (Violoncello).
Preis der Karte 50 Pf.
Der Reinertrag wird dem Wohltätigkeitsfonds des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona überwiesen.
Der Vorstand.

Bezirk Zwickau.
Sonntag den 27. November, mittags 1 Uhr, im Saale des Restaurants „Selwezer“ in Zwickau, Talstraße:
Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wert und Bedeutung der tariflichen Institutionen Schiedsgericht und Arbeitsnachweis und event. Einführung derselben für den Bezirk Zwickau. Referent: Kollege Max Günther, Leipzig, Gehilfenvertreter des Kreises VII (Sachsen); 2. Die tarifliche Lage im Bezirke Zwickau; 3. Diskussion.
Die im Bezirke konditionierenden Kollegen werden hierdurch nochmals zu regem Besuche dieser Versammlung eingeladen.
Das Agitationskomitee.

Am 19. November verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Buchdruckerinvalide
Detlef Nohns
aus Lebrade (Holstein) im Alter von 83 Jahren. [199]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Klor.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Clara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 48
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Unterrichtsbücher für Buchdrucker. Erschienen sind: Seherbüchlein 1. Geschichte d. Buchdruckerkunst. 2. Schriftmaterial. 3. Utenstücken. 4. Glatte Satz; Satzregeln. 5. Kunst im Buche. 6. Werks. 7. Satz von Buchwerken u. Buchst. 8. Buchst. u. Buchst. 9. Satz u. Buchst. 10. Satz von Buchst. u. Buchst. u. Buchst. 11. Satz u. Buchst. 12. Buchst. und Buchst. u. Buchst. 13. Buchst. u. Buchst. 14. Buchst. u. Buchst. 15. Die typographische Satze und der goldene Schnitt. 16. Der Briefkopf. 17. Die Adresskarte. 18. Die Postkarte. 19. Die Postkarte und ihre Spielarten. 20. Die Zirkulare. 21. Die Prospekt. 22. Der Satz von Rechnungen. 23. Die Mitteilungsfomulare. 24. Der Satz von Wertpapieren. 25. Programme u. Vereinsachen. 26. Speisens, Wein- und Tanzkarten. — Jeder Brief 75 Pf., im Abonnement Brief 50 Pf.
Der moderne Titelfalt und seine Entwicklung bis zur Gegenwart. 1 Mk.

Den werten Kollegen von **Hamburg-Altona** zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am 19. November Grindelallee 96 (Ecke Grindelhof) ein **Restaurant und Stehbierehalle** eröffnet habe. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. — Im gütigen Zuspruch erlaube ich mich, mit toll. Grüßen,
Heinrich Kruse.

Unentbehrlich! Unentbehrlich!
Anhang zum Tarife
von **Konrad Eitler, Leipzig, Salomonstr. 8.**
Preis pro Exemplar 10 Pf.
Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.